



Deutscher Führungskräfteverband

(13) Ausschuss für Gesundheit
und Soziale Sicherung

Ausschussdrucksache

0350

vom 30.10.03

15. Wahlperiode

Kurztelogramm

Die Position der Leistungsträger zu den Rentenbeschlüssen der Regierung

- ® Die zweite **Aussetzung der Rentenanpassung** innerhalb von vier Jahren wird die Vertrauenskrise der Rentenversicherung verschärfen.
- ® **Streichung der Ausbildungszeiten** trägt Züge von Panik und ist verfassungsrechtlich fragwürdig.
- ® **Zustimmung zum Nachhaltigkeitsfaktor**: Veränderung der Rentenanpassungsformel richtig.
- ® **Abschmelzung der Schwankungsreserve**: Bundesregierung ist zweifelhafter „Ausfallbürge“.
- ® **Anhebung der Altersgrenzen für einen vorgezogenen Renteneintritt**: ohne flankierende Maßnahmen möglicherweise der Weg in den sozialen Abstieg.

Die ausführliche Stellungnahme des Deutschen Führungskräfteverbandes finden Sie auf den folgenden Seiten.



Deutscher Führungskräfteverband kritisiert Rentenbeschlüsse

„Die Rente ist keine beliebig kürzbare Ermessensleistung“

Der Deutsche Führungskräfteverband, der rund 50 000 Mitglieder vertritt, lehnt die von der Regierung beschlossenen Eingriffe in die gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) zum größten Teil als willkürlich und unsystematisch ab.

Zwar ist die **Stabilisierung des Beitragssatzes** auf 19,5 Prozent für die Versicherten und ihre Arbeitgeber eine gute Nachricht.

Die zweite **Aussetzung der Rentenanpassung** innerhalb von vier Jahren wird aber die Vertrauenskrise der Rentenversicherung verschärfen.

„Die Regierung macht damit ihr Bild der gesetzlichen Renten deutlich: immer weniger eine durch eigene Beiträge erworbene Versicherungsleistung, immer mehr eine jederzeit korrigierbare staatliche Ermessensleistung“, kritisierte ULA-Präsident Manfred Göbels.

Scharfe Kritik übt die ULA außerdem an der geplanten Streichung der letzten drei Jahre der Ausbildungszeiten, die bislang noch rentensteigernd wirkten.

Unter dem Gesichtspunkt der Beitragsäquivalenz ist diese Maßnahme zwar politisch noch begründbar. Schließlich stehen der rentensteigernden Wirkung hier keine Beiträge gegenüber.

Die Regierung Kohl hat die ursprünglich zugesagten dreizehn Jahre erst auf sieben, dann auf drei verringert. Jetzt steht die völlige Streichung an. Diese Geschwindigkeit trägt Züge von Panik und ist verfassungsrechtlich fragwürdig.

Gegen die letzten Kürzungen in diesem Bereich sind zahlreiche Klagen anhängig, die die Einschnitte – aus Sicht der ULA zu Recht – auf Grund ihrer pauschalen Wirkung auch für rentennahe Versicherte als unvereinbar mit dem Grundsatz des Vertrauensschutzes ansehen.

Die Höherbewertung der ersten drei Jahre einer Berufsausbildung soll dagegen erhalten bleiben - ein klarer Systemverstoß, der wohl nur als beruhigende Geste in Richtung der gewerkschaftlichen Klientel zu verstehen ist.

Die **Anhebung der Altersgrenzen für einen vorgezogenen Renteneintritt** ist ohne flankierende Maßnahmen, die eine verlängerte Beschäftigung älterer Arbeitnehmer unterstützen, ebenso wenig akzeptabel. In Zusammenwirken mit den neuen Regelungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung wäre bei einem Arbeitsplatzverlust im Bereich um das 55. Lebensjahr ein massiver sozialer Abstieg vorgeplant.

Auf Zustimmung stößt beim Deutschen Führungskräfteverband das Bekenntnis der Bundesregierung zu dem von der Rürup-Kommission vorgeschlagenen **Nachhaltigkeitsfaktor**. Mit seiner Einführung wird

der grobe Fehler der Streichung des Blüm'schen demographischen Faktors rückgängig gemacht.

Zwar sind die Einnahmeprobleme der GRV derzeit noch weitgehend arbeitsmarktbedingt und nicht auf die demographische Entwicklung zurück zu führen.

Dennoch kann aus Sicht der Leistungsträger die Konsolidierung der GRV nicht ohne Beteiligung der heutigen Rentner vonstatten gehen. Es ist daher richtig und vertretbar, die **Rentenanpassungsformel** auf Dauer so zu verändern, dass den demographischen Veränderungen Rechnung getragen wird. Weitere willkürliche politische Eingriffe sollten damit zugleich dauerhaft überflüssig ausgeschlossen werden.

Der Deutsche Führungskräfteverband ist schließlich gegen eine weitere Abschmelzung der **Schwankungsreserve**. Ohne eine durch die Rentenversicherer autonom verwaltete Liquiditätsreserve wächst der Bundesregierung als „Ausfallbürge“ eine zusätzliche Herrschaft über die Rente zu.

Der Deutsche Führungskräfteverband befürchtet, dass diejenigen Politiker, die bei finanziellen Engpässen die Rentenversicherungsträger als Bittsteller zum Bundesfinanzminister schicken wollen, langfristig auf einen Übergang zu einer steuerfinanzierten Staatsrente zielen.

Mittwoch, 29. Oktober 2003

Deutscher Führungskräfteverband (ULA)
Kaiserdamm 31, 14057 Berlin

Ansprechpartner:
Andreas Zimmermann (030 / 30 69 63-22, Fax -13)
zimmermann@ula.de, www.ula.de